

Laguna will die Maximallösung

Die Badeanlage wird saniert – wenn die Stadt Weil sich an den Kosten beteiligt

Ein erster Grundsatzentscheid zur Zukunft des Weiler Freizeitbades Laguna ist gefallen: Der Aufsichtsrat spricht sich für die Sanierung und Modernisierung der Anlage aus.

REGULA YOGT-KOHLER

60 Jahre alt ist es, das Weiler Freibad, und mindestens in diesen heißen Tagen möchten es wohl viele nicht missen. 1950 war es eines der ersten Freibäder der Region, und damals war «Wellness» noch kein Thema. Heute ist das Weiler Freibad Teil der 1984 eröffneten Badeanlage Laguna, zu der ein Hallenbad mit verschiedenen Attraktionen und ein Sauna-Park gehören.

Dies alles will die Laguna Freizeitanlagen- und Stadthaltenbetriebsgesellschaft GmbH auch in Zukunft anbieten: Der Aufsichtsrat hat sich für eine Sanierung und Modernisierung aller drei Anlagenteile entschieden.

Das Konzept bleibt gleich

Sanierung und Modernisierung drängen sich aus verschiedenen Aspekten auf. Da ist das Alter der Anlagen, da ist aber auch eine neue Ausgangslage: Bei der Eröffnung vor 26 Jahren stand das Freizeitbad Laguna allein auf weiter Flur, in der Zwischenzeit hat es Konkurrenz erhalten. Am Grundkonzept will man aber festhalten. Zwar sind in Teilbereichen Änderungen geplant, eine Neupositionierung ist aber nicht vorgesehen. «Das Laguna wird ein Familienspassbad bleiben», sagt Laguna-Geschäftsführer Christoph Huber.

In der Debatte über die Zukunft des Laguna standen ursprünglich der Radikallösung Schliessung und Abriss zwei Varianten eines teilweisen Abrisses mit Modernisierung der verbleibenden Anlagenteile ge-



ERNEUERUNG Das Laguna soll saniert und erneuert werden – wenn das Geld für alles reicht. zvs

genüber. Die jetzt vom Aufsichtsrat genehmigte Maximalvariante hatte der Gemeinderat der Stadt Weil im März bei der ersten Präsentation der verschiedenen Konzepte ins Spiel gebracht. Die Stadt Weil am Rhein und die Energiedienst AG sind Gesellschafter der Laguna GmbH.

«Wirtschaftlichste Lösung»

Für die Maximalvariante spreche, dass es sich nach Überzeugung des Aufsichtsrats um die wirtschaftlichste Lösung handle, hält Christoph Huber fest. Entscheidender Part ist nun der Gemeinderat der Stadt Weil am Rhein: Der Laguna-Aufsichtsrat beantragt

bei der Stadt die Übernahme einer Bürgerschaft für die Darlehen und der Kosten für die Freibadmodernisierung. «Der Aufsichtsrat entscheidet über Sauna und Freizeitbereich, für das Freibad ist die Stadt zuständig», erläutert Huber. Die Stadt als Hauptgesellschafter muss nun prüfen, ob sie in der Lage ist, das zu übernehmen. Die entscheidende Sitzung des Gemeinderats ist für den 27. Juli angesetzt. Die Komplettsanierung soll rund 20 Millionen Euro kosten, davon wären 3,7 Millionen Euro für das Freibad. Auch ein Rückbau wäre nicht gratis, sondern würde mehrere Millionen verschlingen.

Neue Konkurrenz

Das Laguna hat im vergangenen Jahr 460 000 Gäste verzeichnet. 65 000 Personen besuchten das Freibad, 310 000 das Hallenbad und 85 000 den Sauna Parc IV Jahreszeiten. Einzugsgebiet ist das Dreiländereck in einer Distanz von 10 bis 15 Kilometern. Im Hallenbad kommen je 40 Prozent der Besucher aus Deutschland und Frankreich, die restlichen 20 Prozent aus der Schweiz. Auch im Sau-

na-Bereich sind 40 Prozent der Gäste Deutsche; hier sind jedoch die Franzosen nur mit 20 Prozent vertreten, die Schweizer hingegen mit 40 Prozent. Mit dem Aquabasilea ist im Frühling Konkurrenz hinzugekommen. Es sei ein gewisser «Aquabasilea-Effekt» zu spüren, das Ausmass sei aber nicht kritisch, sagt Christoph Huber. Damit müsse man mit jedem neuen Konkurrenten rechnen. (RV)

Nachrichten

Männer zünden Holzhütte an

Zwei jüngere Männer haben in der Nacht auf gestern unter dem Basler Viadukt an der Binningerstrasse eine Holzhütte in Flammen gesetzt. Als zwei Männer vorbeikamen und die beiden Täter auf ihr Tun ansprachen, machten sich diese aus dem Staub. Die Passanten verständigten einen Sicherheitsmitarbeiter des Clubs Kuppel, welcher den Brand erfolgreich bekämpfte. Sicherheitshalber wurde zudem die Feuerwehr zugezogen. An der Holzhütte entstand nur geringer Sachschaden. Die Staatsanwaltschaft sucht Zeugen. Die Brandstifter sollen stark alkoholisiert gewesen sein. (BZ)

Unfälle Zwei Autofahrer verursachen grosse Rückstaus

Zwei Unfälle in Basel sorgten gestern für stundenlange Rückstaus, hohen Sachschaden und entzogene Fahrausweise. Der erste Unfall ereignete sich kurz vor 8 Uhr: Ein Autolenker aus Zürich wollte bei der Verzweigung Wiese die Fahrspur wechseln. Er übersah dabei ein Auto, rampte es und fuhr es zudem noch in den Aufpralldämpfer. An beiden Autos und am Aufpralldämpfer entstand Total Schaden. Der zweite Fall ereignete sich um 9 Uhr: Ein von der Nachtschicht heimkehrender Autofahrer nickte auf der Birsbrücke ein. Sein Auto sties in eine stehende Autokolonne. Zwei Autos wurden daraufhin laut Mitteilung des Justiz- und Sicherheitsdepartements stark beschädigt. Verletzt wurde niemand. (BZ)

Oberrhein Trinationale Erdbenenübung im Jahr 2012

Die Oberheinkonferenz hat an ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, im Frühling 2012 eine trinationale Erdbenenübung im Raum Basel durchzuführen. Auch soll die Zusammenarbeit der Häfen am Oberrhein intensiviert werden. Eines der zentralen Themen war zudem die Weiterentwicklung des Oberheinkraums zur Trinationalen Metropolregion Oberrhein. (BZ)

Bauarbeiten Verkehr wird im Gebiet Steinen eingeschränkt

Im Steingraben und in der Steinschanze müssen in der Zeit vom 6. bis 18. Juli in Etappen die Fahrbahnbeläge ausgetauscht werden. Grössere Verkehrsbehinderungen sind laut dem Bau- und Verkehrsdepartement unumgänglich. (BZ)

Stawa: Wirbel um Chefwahl

Vorschlag der Grossratskommission kommt bei Jugendanwalt schlecht an

Beat Burkhardt staunt, dass Alberto Fabbri Erster Staatsanwalt werden soll. Pikant: Fabbri würde sein Chef.

HANS-MARTIN JERMANN

Im Zusammenhang mit der Wahl des neuen Ersten Staatsanwalts in Basel-Stadt sind gestern zwei Bomben geplatzt: Am Morgen veröffentlichte die grossräthliche Wahlvorbereitungskommission ihren Vorschlag: Alberto Fabbri soll ab 1. Januar 2011 Chef der Basler Staatsanwaltschaft und Nachfolger des zurücktretenden Thomas Hug werden. Die Reaktion liess nicht lange auf sich warten: Um die Mittagszeit trudelte bei der bz-Redaktion eine E-Mail ein. Absender: Der Leitende Jugendanwalt Beat Burkhardt.

«Nicht nachvollziehbar»

Der Vorschlag sei für ihn «nicht nachvollziehbar», sagt Burkhardt. Er betont, keine persönliche Kritik zu üben: «Ich kenne Fabbri seit langem, er ist ein guter Kollege.» Der Jugendanwalt macht dennoch keinen Hehl daraus, dass er lieber einen anderen Chef hätte: Beat Voser, Stellvertreter Hugs und Leiter des Kriminalkommissariats. Er wäre der geeignete Chef für eine reibungslose Umsetzung der

neuen Strafprozessordnung, die per 2011 in Kraft trete. Es gelte, einen Betrieb mit vier Abteilungen und 200 Mitarbeitenden umzubauen und neues Personal zu integrieren. Als stellvertretender Erster Staatsanwalt habe Voser die Vorbereitungen mitgeprägt. Burkhardt hält es für «ungünstig, mit einem neuen Chef, dem eine umfassende Führungserfahrung noch abgeht, in der Stawa die grössten Veränderungen seit Jahrzehnten zu vollziehen». Über die Gründe, weshalb sein Geschäftsleitungs-kollege nicht berücksichtigt wird, kann Burkhardt nur mutmassen: «Er ist einer, der nicht auf Maul sitzt, einer, der mit klaren Positionen auch mal aneckt.»

Laut Burkhardt haben sich alle Geschäftsleitungsmitglieder für Voser ausgesprochen. Teilweise wurde zu seinen Gunsten gar auf eine eigene Bewerbung verzichtet. «Dass sich die grossräthliche Kommission aus meiner Sicht ohne Not über die Meinung der Geschäftsleitung hinweggesetzt hat, irritiert», findet Burkhardt. Falls aber letztlich Fabbri gewählt würde, sei es selbstverständlich, dass man ihn in seiner Arbeit unterstützen werde.

Die öffentliche Kritik des leitenden Jugendanwalts ist ris-

kant. Er fordert seit langem mehr Personal. Denkbar ist, dass sich Burkhardts Position bei diesem Geschäft durch die gestrigen Äusserungen verschlechtert. Es wäre nicht das erste Mal, dass es im Grossen Rat zu solchen Strafaktionen kommt.

«Lehnt sich weit aus Fenster»

«Burkhardt lehnt sich mit seiner Kritik weit aus dem Fenster», findet Tanja Soland, Präsidentin der Wahlvorbereitungskommission. Die Reaktion des Jugendanwalts erstaune – insofern, als dass dieser bei einer Wahl ja mit Fabbri zusammenarbeiten müsse. Den Entscheid verteidigt sie: «Alberto Fabbri hat einen tollen Leistungsausweis und ist verwurzelt in der Region.» Über weitere Bewerber – drei wurden zu Gesprächen eingeladen – dürfe sie nichts sagen. Der Entscheid sei nach bestem Wissen und Gewissen und einstimmig erfolgt, stellt die SP-Fraktionschefin klar.

Angesichts des Wirbels ging die Personalie Fabbri gestern ein wenig unter: Der 43-jährige Basler ist seit Januar 2010 Leitender Staatsanwalt beim Bund. Unkonventionell: Fabbri absolvierte nach der Matur zunächst eine Ausbildung als Polizeibeamter, bevor er Jura studierte.

Mieterstreit endet einvernehmlich

«Helvetia» einigt sich mit Mietern im St. Johannerhof

ESTHER JUNDT

Um die Sanierung der Liegenschaft St. Johannerhof im Grossbasel entbrannte in den letzten Jahren ein erbissener Mieterkampf. Die Liegenschaftsbesitzerin «Helvetia» hatte im Herbst 2007 allen Mietparteien gekündigt. Sie will die 77-jährige Liegenschaft an der St. Johann-Vorstadt 82 bis 92 vollständig sanieren. Es sollen neue Lift eingebracht, alle Nasszellen erneuert und die grösseren Wohnungen mit weiteren Badezimmern ergänzt werden. Für die Liegenschaftsbesitzerin ist es nicht möglich, diese Sanierungen durchzuführen, derweil die Mieter in den Wohnungen bleiben.

Gegen 60 Kündigungen

Von der Kündigung betroffen waren zwischen 50 und 60 Parteien. Hartnäckige Mieter und der kämpferische Mieterinnen-Verband (MV) setzten sich gegen die Massenkündigungen zur Wehr und haben inzwischen einen wichtigen Sieg erreicht: Die «Helvetia» verzichtet auf die Kündigungen und saniert das grosse Haus in Etappen. Damit können

die noch verbleibenden Mieter während der mehrmontatigen Sanierungszeit eine Ersatzwohnung in einem Nachbarhaus beziehen. Später können sie in ihre sanierte Wohnung einziehen. Kommt hinzu, dass die Mietzinse nach der Sanierung nur moderat erhöht werden, nämlich im Rahmen der wertvermehrenden Mehrkosten.

Signalwirkung

Für Beat Leuthardt von der Rechtsabteilung des MV ist dies ein wichtiger Sieg. Schweizweit sei es schwierig, eine Massenkündigung anzufechten. In Basel müsse dazu das kantonale Abbruchgesetz beigezogen werden. Der Rückzug des Vermieters werde ein Signal sein, das von Bedeutung ist.

In Zürich würden in letzter Zeit zahlreiche Fälle von sogenannten Leerkündigungen ausgesprochen. Dies würden die Eigentümer in Basel wohl kaum mehr tun, meinte Leuthardt. Denn mit dem St. Johannerhof konnte der MV bereits zum zweiten Mal einen Fall von Leerkündigungen gewinnen. Er wies daraufhin, dass der Fall

auch für die «Helvetia» belastend war. Vieles deutete darauf hin, dass das Management hier etwas durchdrücken wollte, das nicht gehe. «Der Fehler wurde korrigiert», sagte der MV-Sekretär.

Verfahren eingestellt

Laut Leuthardt unterschiedlich die verbleibenden Mietparteien und die Liegenschaftsverwaltung der «Helvetia» inzwischen eine Vereinbarung über die Sanierung und Neuvermietung der Wohnungen. Zudem seien alle vier Gerichtsverfahren eingestellt worden.

Die meisten Mieter sind in den letzten Monaten allerdings aus dem St. Johannerhof ausgezogen. Das Gerzerte um die Kündigung war für viele nicht mehr tragbar. Zahlreiche Mietparteien wohnten seit Jahrzehnten in diesem Gebäude, sagte Leuthardt. Darunter befanden sich nebst wenig Begüterten auch frühere Kadernmitglieder der ehemaligen «Patria», die von der «Helvetia» übernommen wurde. Für einen Direktor war besonders bitter, dass ihm ein Angestellter kündigte, den er noch eingestellt hatte.